



Bundeswehrstand in Dortmunder Messehalle: Es mangelt nicht nur an Ausrüstung, sondern auch massiv an Personal

»Eine Wehrpflicht birgt zu großen gesellschaftlichen Sprengstoff«

VERTEIDIGUNG Weil die Bundeswehr Personal braucht, wollen die großen Parteien nach der Bundestagswahl junge Erwachsene stärker in die Verantwortung nehmen. Wie die Betroffenen darüber denken.

Für den Kampf um den Nachwuchs hat sich die Bundeswehr üppig munitioniert. Hunderte braun-olivgrüne Trage Taschen verteilen die Militärs an Schülerinnen, Studenten und Azubis, die sich beim »Karrieretag« in der Dortmunder Messehalle über Jobs und Ausbildungswege informieren. Weiße Großbuchstaben auf Tarnfarbe schreien die Besucher regelrecht an: »Bei uns geht es ums Weiterkommen, nicht nur ums Stillstehen.« Drei Soldaten beantworten Fragen zu Gehalt, Aufstiegschancen und Verpflichtungszeiten bei den deutschen Streitkräften. Die Konkurrenz agiert zum Teil deutlich un-

auffälliger. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge etwa oder die Deutsche Bahn haben vor allem Kugelschreiber mitgebracht.

Dass die Bundeswehr so offensiv für sich wirbt, zeigt, wie groß ihre Probleme sind: Spätestens seit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine ist klar, dass es der Truppe nicht nur an Ausrüstung mangelt, sondern auch massiv an Personal.

Bereits 2018 hatte die damalige Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) angekündigt, dass die Bundeswehr wachsen müsse, auf rund 203.000 Soldatinnen und Soldaten. Dieses Ziel wurde bisher deutlich

verfehlt. Zwar stieg die Zahl der Männer und Frauen in Uniform bis Sommer 2020 zeitweise auf etwas mehr als 185.000. Seitdem sinkt sie aber wieder. In der jüngsten Jahrestatistik meldete das Ministerium für Ende 2024 einen Personalstand von 181.174 Soldaten, 340 weniger als ein Jahr zuvor.

Die offizielle Zielmarke unter Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) lautet immer noch 203.000 Einsatzkräfte, erreicht werden soll sie nun bis 2031. Um »kriegstüchtig« zu werden, seien eigentlich sogar rund 230.000 Soldatinnen und Soldaten vonnöten, so der Minister. Denn die Nato wird wohl noch in diesem Jahr beschließen, dass ihre Mitglieder deutlich mehr einsatzbereite Kampfverbände bereitstellen müssen als bisher. Für Deutschland steht die Zahl von bis zu sechs zusätzlichen Brigaden im Raum, grob gerechnet sind das etwa 30.000 Männer und Frauen – zusätzlich zu den 20.000, die heute schon fehlen.

Um die Lücke zu schließen, denken verantwortliche Politiker der großen Parteien im Bundestag immer lauter über eine Wehr- oder Dienstpflicht nach. Zumindest aber müssten potenzielle Wehrpflichtige wieder amtlich erfasst werden. Momentan wisse man nicht einmal genau, wen man im Notfall überhaupt für einen Dienst an der Waffe einziehen könne, klagt Pistorius.

Er selbst hatte im vergangenen Jahr Pläne für einen »neuen Wehrdienst« vorgelegt. Demnach sollten alle deutschen Staatsange-

hören zu ihrem 18. Geburtstag einen Fragebogen zugeschickt bekommen. Junge Männer sollten gesetzlich verpflichtet werden, über ihre Fähigkeiten und ihre Bereitschaft zum Militärdienst Auskunft zu geben. Junge Frauen sollten das freiwillig tun können. Doch bevor der Gesetzentwurf im Bundestag diskutiert werden konnte, zerbrach die Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP.

Nach der Bundestagswahl am 23. Februar dürfte das Thema wieder auf der Tagesordnung stehen. Und dann bleibt es womöglich nicht bei Auskünften in Fragebögen: SPD, Grüne und FDP liebäugeln in ihren Wahlprogrammen mit freiwilligen Diensten, CDU und AfD sogar mit einer Rückkehr zur Dienstpflicht. Betroffen wären davon in erster Linie junge Erwachsene. Was denken sie über die Pläne? Der SPIEGEL hat einige gefragt, die bereits jetzt freiwillig Wehrdienst leisten – oder, im Gegenteil, nichts mit der Bundeswehr zu tun haben wollen.

**Kerry Hoppe, 23,
Leutnant der Reserve aus München**

Mein Onkel ist Offizier, deshalb hatte ich schon früh Berührungspunkte mit der Uniform. Nach dem Abitur entschied ich mich für einen freiwilligen Wehrdienst, die Verpflichtungserklärung unterschrieben auch meine Eltern, weil ich noch nicht volljährig war. Nach Australien gehen, Work and Travel machen, darin sah ich keinen Mehrwert für unsere Gesellschaft. In einem Dienst an der Waffe schon.

Parallel zu meinem Jurastudium machte ich die Ausbildung zur Reserveoffizierin, seit Oktober bin ich nun Leutnant der Reserve bei der Luftwaffe. Mich frustriert die Verteidigungspolitik aus der Zeit vor dem Krieg in der Ukraine extrem. Ich habe selbst erlebt, wie groß der Ausrüstungsmangel ist. Ein Beispiel: In der Ausbildung trugen wir bei Übungen noch ein Lochkoppel, eine Art Gürtel, an dem man Magazine, Werkzeuge und die Wasserflasche befestigt. Das Ding finden alle furchtbar, man kann die Gegenstände schlecht greifen, und es drückt auf die Hüfte. Es gibt Alternativen, aber die sollen manche Soldaten erst im Einsatz bekommen. Dadurch fehlt ihnen die Übung im Umgang damit, das kann lebensgefährlich sein!

Seit dem Ukrainekrieg ist das Szenario für mich wesentlich realer geworden, selbst eingezogen zu werden. Zugleich verstehe ich Menschen immer weniger, die abrüsten wollen und eine Wiederannäherung an Russland fordern. Dieser Pazifismus mag gut gemeint sein, aber er gefährdet uns Soldaten. Denn nur wenn unsere Abschreckung glaubwürdig ist, wird Russland uns nicht angreifen.

Trotzdem bin ich gegen eine Wehrpflicht. Das widerspricht meinem Wertebild als Liberale und FDP-Mitglied. Stattdessen sollten wir das Potenzial der Reservisten besser nutzen. Derzeit kommen nur gut 34.000 von insgesamt 930.000 regelmäßig zu den Übungen. Das könnten viel mehr sein.

Um den Personalbedarf der Bundeswehr zu decken, sprechen sich SPD, Grüne und FDP in einem ersten Schritt für eine Wehrrfassung aus. Gemeint ist damit der Aufbau einer Datei mit Informationen zu allen dienstfähigen jungen Erwachsenen mit deutscher Staatsbürgerschaft. Kommt es zum Konflikt- oder Verteidigungsfall, soll es damit möglich sein, rasch Soldatinnen und Soldaten zu rekrutieren und den Zivil- und Heimatschutz zu stärken, heißt es etwa im Wahlprogramm der Grünen.

Der Dienst selbst soll »auf Freiwilligkeit basieren«, so versichert es die SPD, bei FDP und Grünen klingt es ähnlich. Manche können sich allerdings weitergehende Modelle vorstellen. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier spricht sich schon seit Jahren für eine verpflichtende Dienstzeit von mindestens sechs Monaten aus, die bei sozialen Einrichtungen, Hilfsorganisationen oder eben bei der Bundeswehr abgeleistet werden könne. Ähnlich sieht es unter anderem die Verteidigungsexpertin Eva Högl (SPD), Wehrbeauftragte des Bundestags.

CDU und CSU, die Umfragen zufolge die stärkste Fraktion im kommenden Bundestag stellen könnten, kündigen in ihrem Wahlprogramm eine sogenannte aufwachsende Wehrpflicht an: Zunächst sollen nur so viele junge Männer und Frauen aus den wehrpflichtigen Jahrgängen eingezogen werden, wie die Bundeswehr benötigt, vorzugsweise freiwillig, bei Bedarf aber auch mit Druck. Irgendwann sollen dann alle ein »verpflichtendes Gesellschaftsjahr« ableisten, die dazu in der Lage sind. Wer nicht zum Militär wolle, könne den Dienst beispielsweise bei der Feuerwehr, bei Hilfsdiensten oder beim Katastrophenschutz



Kim Oppermann / DER SPIEGEL

**»Ich bin gegen
eine Wehrpflicht.«**

Kerry Hoppe

absolvieren, heißt es im Wahlprogramm der Union.

Die AfD will dagegen zur reinen Männer-Wehrpflicht aus den alten Zeiten der Bundesrepublik zurück. Man sehe einen Wehrdienst für Männer im Alter von 18 bis 25 Jahren »als Regelfall an«, heißt es im Grundsatzprogramm der Partei. Frauen sollen »freiwillig in den Streitkräften dienen« können. Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen und einen zivilen Ersatzdienst will die AfD nur als »Ausnahmefall« akzeptieren.

In der Bevölkerung sind die Meinungen zu einer Wiedereinführung der Wehrpflicht geteilt. Bei jüngeren Befragten überwiegt in der Regel die Ablehnung, bei älteren die Zustimmung. Eindeutiger fallen die Ergebnisse aus, wenn nach einer allgemeinen Dienstzeit für die Gesellschaft gefragt wird. In einer Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen für das ZDF aus dem vergangenen Jahr sprachen sich 77 Prozent für ein »gesellschaftliches Dienstjahr« im sozialen Bereich oder bei der Bundeswehr aus. Selbst Befragte aus der Altersgruppe bis 35 Jahre begrüßten dieses Modell zu fast zwei Dritteln.

**Leonard Hennersdorf, 26,
Geschichtsstudent aus Berlin**

Wir brauchen mehr junge Leute in Uniform. Aber eine Wehrpflicht birgt zu großen gesellschaftlichen Sprengstoff. Besser wäre aus meiner Sicht eine Dienstpflicht, bei der man nur zur Bundeswehr kommt, wenn man das explizit möchte. Allein schon um zu vermeiden, dass es zu viele Rekruten gibt – so wie früher, als die Wehrpflicht noch galt. Niemandem nützt es, wenn junge Menschen ihren Wehrdienst mit Rumstehen verbringen.

Die Bundeswehr hat mich schon als Teenager fasziniert. Meine Freunde bäugten das

Truppe geschwächt

Durchschnittliche Zahl der aktiven Soldatinnen und Soldaten in der Bundeswehr, in Tausend*



* Für 2024 ist der Monatswert Dezember dargestellt.
 ■ Quellen: Deutscher Bundestag; Bundesministerium der Verteidigung

skeptisch, meine Eltern fragten mich, ob ich nicht lieber »was Richtiges« machen möchte. Statt zur Bundeswehr zu gehen, begann ich ein Studium und legte meinen Schwerpunkt auf Militärgeschichte.

Jetzt will ich freiwillig Wehrdienst leisten. Damit möchte ich anderen zeigen: Es lohnt sich, für unsere Demokratie zu kämpfen. Aber ich will mir auch selbst beweisen, dass ich es bei der Bundeswehr schaffen kann. Wenn es mir dort gefällt, kann ich mir vorstellen, Offizier zu werden. Dann würde ich mich für 13 Jahre verpflichten.

Im April werde ich gemustert, der Dienst beginnt im Oktober. In welche Kaserne ich käme, weiß ich nicht. Hoffentlich nicht zu weit weg von Berlin, wo ich mir mein Leben aufgebaut habe.

Bis 2011 gab es in Deutschland eine allgemeine Wehrpflicht, dann wurde sie vom Bundestag per Gesetz ausgesetzt. Der Dienst lasse sich »sicherheitspolitisch nicht mehr begründen«, befand der damalige Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU). Es war eine Zeit, in der sich die Deutschen in Europa sicher fühlten. Die Bundeswehr, in der nach der deutschen Wiedervereinigung zeitweise fast 600.000 Soldatinnen und Soldaten gedient hatten, war schon auf etwa 255.000 Personen eingedampft worden. Gleichwohl galt sie noch als zu groß und zu teuer. Die Zeit schien reif für eine Profiarmer.

Ganz verschwunden ist die Wehrpflicht damit allerdings nicht. In der Verfassung steht sie nach wie vor als politische Option – wenn auch nur für die Hälfte der Bevölkerung. »Männer«, heißt es in Artikel 12a des Grundgesetzes, »können vom vollendeten



HANNA WIEDEMANN / DER SPIEGEL

»Nur zur Bundeswehr, wenn man das explizit möchte.«

Leonard Hennersdorf

achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivildienstverband verpflichtet werden.«

Wenn sich eine politische Krise zuspitzen droht, kann der Bundestag zudem den »Spannungsfall« ausrufen. Dann könnten junge Deutsche auch ohne allgemeine Wehrpflicht »für Zwecke der Verteidigung« vom Bund zwangsverpflichtet werden. Für Frauen erlaubt das Grundgesetz eine Einberufung zu zivilen Diensten oder in Lazarette – »auf keinen Fall« aber eine Verpflichtung zum Dienst an der Waffe.

Das klingt alles schwer vereinbar mit einem modernen Gesellschaftsbild, vor allem mit dem wichtigen Artikel 3 des Grundgesetzes: »Männer und Frauen sind gleichberechtigt.« Der Marburger Staatsrechtler Gilbert Gornig, der den Wehrpflicht-Artikel in einem der führenden Grundgesetzkommentare bearbeitet hat, empfiehlt daher eine Modernisierung. »In Zukunft sollten nach einer Verfassungsänderung die Frauen einbezogen werden und die Wehrpflicht durch eine Dienstpflicht ersetzt werden«, schreibt er in seinem Kommentar.

Die Gegnerinnen und Gegner jeder Form von Wehr- oder Dienstpflicht dürften auch solche Modernisierungen kaum überzeugen. Parteien wie die Linke und das BSW etwa stellen eine Vergrößerung der Bundeswehr grundsätzlich infrage.

Zada Salihovic, 24, Gewerkschafterin aus Dresden

Ich setze mich als Gewerkschafterin und als Mitglied der Linksjugend für faire Arbeitsbedingungen und selbstbestimmte Lebenswege ein. Schon deshalb lehne ich alle Zwangsdienste ab. Eine Wehrpflicht oder auch andere verpflichtende Dienste reißen junge Menschen aus ihrer Ausbildung, bremsen ihre berufliche und persönliche Entwicklung und schaffen dadurch langfristige Ungleichheiten. Für mich ist das ein massiver Eingriff in die persönliche Freiheit.

Anstatt nationale Interessen zu verteidigen, sollten wir uns auf die Entwicklung einer Gesellschaft konzentrieren, in der alle Menschen ein würdevolles Leben führen können. Und anstatt junge Menschen zu einem Pflichtdienst zu zwingen, sollte sich der Staat um den gesellschaftlichen Zusammenhalt kümmern. Eine harmonische Gemeinschaft entsteht nicht durch Zwang, sondern durch Gerechtigkeit, Respekt und Solidarität.

Die Bundeswehr bemüht sich unterdessen, den Dienst beim Militär möglichst attraktiv darzustellen. Auf der Jobmesse in Dortmund berichtet ein Hauptmann stolz von »mehr als 50 Ausbildungsgängen mit mehr als 1000 Verwendungen«. Er verteilt Flyer, auf denen »Transportspezialist/in (m/w/d)« steht, »Notfallsanitäter/in (m/w/d)« oder »Administrator (m/w/d)«. Auch für angehende Offiziere gibt es ein Papier, es verspricht



SVEN DÖRING / DER SPIEGEL

»Ich lehne alle Zwangsdienste ab.«

Zada Salihovic

»über 60 Studiengänge«, »perfekte Bedingungen«.

Der Staat sei ein zuverlässiger Arbeitgeber, sagt der Hauptmann. Und den Sold gebe es »immer zum Ersten des Monats«. Rund 2300 Euro netto im Monat verdient ein lediger, kinderloser angehender Offizier laut Bundeswehr im ersten Jahr.

Die aktuelle Jahresstatistik der Bundeswehr erweckt den Eindruck, die Werbeoffensive könnte Erfolg haben. So bewarben sich 2024 mit knapp 49.000 Männern und Frauen gut 19 Prozent mehr als im Jahr zuvor, 19.646 von ihnen wurden eingestellt. Um die Zahl einordnen zu können, muss man allerdings wissen, dass im vergangenen Jahr auch rund 20.000 Männer und Frauen aus der Bundeswehr ausschieden, weil ihre Verpflichtungszeit abließ oder weil sie unzufrieden waren.

Damit sei »der mehrjährige Abwärtstrend« beim Personal zwar »deutlich gebremst«, heißt es in einem internen Sachstandsbericht der Bundeswehr. »Ein Turnaround in der Bestandsentwicklung ist jedoch noch nicht erreicht.«

Das liegt auch daran, dass viele der neu gewonnenen Kräfte auffällig schnell wieder gehen. Im September berichtete die frisch gekürte Leiterin der Personalabteilung, Oda Döring, dass gut 27 Prozent aller eingestellten Rekruten bereits nach einigen Monaten wieder aus der Truppe ausschieden: »Selbst die beste Personalgewinnung kann das nicht kompensieren.«

Womöglich passen Werbung und Realität nicht immer zusammen. Das hierarchische System von Befehl und Gehorsam und die teils arg angestaubten Kasernenstrukturen eignen sich eben nicht besonders gut für eine Hochglanzbroschüre oder ein launiges TikTok-Video.

Simon Bäumer, 31,

Softwareentwickler aus Leipzig

Die Wehrpflicht wurde gerade rechtzeitig abgeschafft, sodass ich nicht mehr eingezogen wurde. Wahrscheinlich hätte ich versucht, mich ausmustern zu lassen. Vielleicht hätte ich aber auch gedient. Gut gefallen hätte es mir wohl eher nicht.

Ältere Freunde haben mir von ihrem Wehrdienst erzählt. Da schwang oft Nostalgie mit, mit der sie »den Bund« auf eine sehr maskuline Art idealisiert haben. Mich spricht es nicht an, wenn es so klare Hierarchien gibt und ich Befehle ausführen muss. Von vielen habe ich auch gehört, dass ihnen oft langweilig war und sie viel Alkohol getrunken und geraucht haben.

Ich finde, eine Wehr- oder auch Dienstpflicht ist Zeit- und Geldverschwendung. Ich wusste nach der Schule, dass ich etwas mit IT machen wollte, und konnte gleich meine Ausbildung anfangen. Die Dienstpflicht hätte mich ein Jahr gekostet.

Außerdem bezweifle ich, dass heutzutage ein Jahr ausreicht, um einen Menschen auf einen Krieg vorzubereiten. Krieg heißt heute nicht mehr, möglichst viele Soldaten an die Front zu schicken. Es braucht hoch spezialisierte Leute, Logistiker, Geheimdienstler, Experten, die sich mit moderner Waffentechnik auskennen. Was würden denn 10.000 deutsche Rekruten für einen Unterschied machen in einem Verteidigungsbündnis wie der Nato? Das Geld für eine Wehrpflicht wäre besser in neue Technologien investiert.

Im Sommer 2023 richtete das Verteidigungsministerium eine »Task Force Personal« ein. Das Gremium aus Experten und Personalver-



Stella Weiß / DER SPIEGEL

»Eine Wehrpflicht ist Zeit- und Geldverschwendung.«

Simon Bäumer

antwortlichen sollte Vorschläge erarbeiten, wie die Bundeswehr attraktiver werden kann. Auch die hohe Zahl von Abbrecherinnen und Abbrechern innerhalb des ersten halben Jahres nach Dienstantritt müsse »zwingend reduziert« werden, so skizzierte die Taskforce selbst die Ausgangslage.

Der gut 70 Seiten dicke Abschlussbericht des Gremiums zeigt, woran es der Truppe fehlt. Dabei geht es nicht nur um Geld, um übertarifliche Zulagen oder Prämien. Nötig sei unter anderem eine »wertschätzende Willkommenskultur«. Führungskräfte müssten mehr Verständnis und Fingerspitzengefühl für junge Rekrutinnen und Rekruten zeigen, sie müssten einen »Kulturschock« nach dem Einzug in eine Kaserne vermeiden. Um das Potenzial von Frauen besser zu nutzen, sollten weibliche Führungskräfte als Vorbilder herausgestellt werden.

Auch junge Menschen mit Migrationsgeschichte sollten als »Zielgruppe« stärker ins Visier genommen werden, schlug die Taskforce vor. Und an dem Prinzip, dass nur Deutsche in der Bundeswehr Dienst tun können, könne man womöglich ebenfalls rütteln. Immerhin lebten mehr als 13 Millionen Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit in Deutschland, davon 5 Millionen EU-Bürger.

Jeremiah O., 25,

Unteroffizier in Stetten am kalten Markt

Im Juli 2023 habe ich meine Laufbahn als Feldwebel bei der Bundeswehr begonnen, inzwischen bilde ich Rekruten in ihrer Grundausbildung aus. Wenn man mich mit 18 gefragt hätte, ob ich zur Bundeswehr will, hätte ich wahrscheinlich Nein gesagt. Ich dachte lange, die Bundeswehr habe nichts mit mir zu tun.

Es gibt hier nicht viele Schwarze Menschen. Der ein oder andere guckt zweimal, wenn ich vorbeilaufe. Am Anfang hat mich das schon zweifeln lassen. Da hätte ich mir gewünscht, dass es einen Ansprechpartner für mich gegeben hätte. In den anderthalb Jahren in verschiedenen Kasernen habe ich nur drei Schwarze Soldaten gesehen.

Auf die Idee, zur Bundeswehr zu gehen, kam ich durch meinen Bruder. Als er beim Bund anfang, war ich erstaunt, wie diszipliniert er auf einmal war. Da dachte ich: wow, krass, was die Bundeswehr mit Menschen macht. Das interessiert mich, das schaue ich mir an. Ich bin sehr sportbegeistert, damals habe ich Sportmanagement studiert. In keinem anderen Beruf könnte ich den Sport und die Arbeit so vereinen wie bei der Bundeswehr.

Ich habe mich direkt für 15 Jahre verpflichtet. Meine Eltern waren zögerlich. Ich habe mir aber gesagt: Wenn ich das mache, dann richtig.

Die Bundeswehr macht viel Werbung, weil ihr Nachwuchs fehlt. Ich bin der Meinung, dass dabei oft zu viele positive Sachen gezeigt werden, um die Leute anzulocken. Wenn die Rekruten dann da sind, sind sie überrascht, wie es wirklich ist, etwa wenn der Ton des Vorgesetzten rauer wird. Einige werfen dann hin-



Philipp von Dittfurth / DER SPIEGEL

»Es gibt hier nicht viele Schwarze Menschen.«

Jeremiah O.

Ich bin für eine Wehrpflicht – weil sie im Ernstfall ein zentraler Baustein für die Verteidigung unseres Landes wäre und die Gesellschaft stärker an die Bundeswehr binden würde.

Unter Experten gilt Schweden als Beispiel dafür, wie eine moderne Dienstpflicht aussehen könnte. 2010 wurde die Wehrpflicht dort zunächst ausgesetzt, 2017 aber in einer modifizierten Form wieder eingeführt, weil sich nicht genügend Freiwillige fanden.

Auch in Schweden müssen 18-Jährige zunächst einen Fragebogen ausfüllen. Sie müssen Angaben zu ihrer Gesundheit machen, zu ihrer Fitness, ihrer Ausbildung. Und sie müssen beantworten, ob sie einer Wehrpflicht positiv gegenüberstehen oder nicht. Bis hierher war Schweden Vorbild für den Gesetzentwurf von Verteidigungsminister Pistorius.

Anhand der Informationen suchen sich die Behörden diejenigen heraus, die sie für die Fittesten und Motiviertesten halten. Sie werden zur Musterung vorgeladen. Für den größten Teil der jungen Menschen in Schweden hat die neue Wehrpflicht noch keine großen Auswirkungen: Zuletzt wurden von rund 110.000 18-Jährigen eines Jahrgangs nur etwa 8000 vom Militär eingezogen, gut sieben Prozent. Viele von ihnen kamen freiwillig.

Es gibt aber einen großen Unterschied zum Pistorius-Vorschlag: In Schweden sind auch Frauen verpflichtet, den Fragebogen auszufüllen und einer möglichen Einberufung Folge zu leisten. In Deutschland, verteidigt sich der Minister, müsste dafür erst das Grundgesetz geändert werden. Und ob dafür im nächsten Bundestag eine Zweidrittelmehrheit zu gewinnen ist, ist fraglich.

Matthias Bartsch, Carlotta Böttcher, Matthias Gebauer, Kristin Haug, Dietmar Hipp, Alexander Schreiber